

An

Kreisverbände und Fraktionen  
von Bündnis 90/Die Grünen NRW

## **Kommunalrundbrief**

01. Juni 2006

Liebe Freundinnen und Freunde in den Kommunen,

die Verabschiedung des Landeshaushalt am 17.5. 2006 hat endgültig deutlich gemacht:

Wahlversprechen sind von gestern, CDU und FDP ziehen ihre Vorhaben durch, unberührt durch die vielen Stellungnahmen, Briefe und Proteste und belasten die Kommunen gleich mehrfach. Die CDU-FDP -Mehrheit hatte im Koalitionsvertrag versprochen, die Kommunen besser zu stellen und für mehr Verlässlichkeit zu sorgen. Auch der Wahlkampf war durch dieses Versprechen an die Kommunen geprägt. Was ist aber draus geworden?

### **Kommunen geht es weiter schlecht!**

Trotz der positiven Aufkommensentwicklung bei der Gewerbesteuer befinden sich die Kommunen in NRW weiterhin in einer dramatischen Finanzsituation. Die Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten sind trotz großer Konsolidierungsanstrengungen erneut gestiegen. Besonders sichtbar wird dies im bisherigen Rekordstand der Kassenkredite zur Aufrechterhaltung der Liquidität, einem besonderen Risiko bei einem Zinsanstieg. Die Kommunen in NRW sind also weiterhin auf eine Verbesserung ihrer Finanzsituation angewiesen, eine Absenkung der über das GFG zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Steuerverbund würde die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter untergraben. So befanden sich zum Jahresende 2005 sich in NRW 198 Gemeinden in der Haushaltssicherung, darunter 20 kreisfreie Städte, 9 Kreise und 169 kreisangehörige Städte oder Gemeinden. Insgesamt 104 Städte und Gemeinden führten eine vorläufige Haushaltswirtschaft in Folge eines nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes.

---

#### Weitere Informationen:

Horst Becker MdL · kommunalpolitischer Sprecher · Telefon 02 11/884-2754 · Telefax 02 11/884-3515 · horst.becker@landtag.nrw.de  
Maria Klein-Schmeink · wiss. Mitarbeiterin · Telefon 02 11/884-2591 · Telefax 02 11/884-3512 · maria.klein-schmeink@landtag.nrw.de

## **Schwarz-Gelb gibt den Kommunen mit dem GFG 2006 weniger Geld als in 2005!**

Entgegen der vehementen Beteuerungen der CDU in der Opposition wird der Verbundsatz letztlich dauerhaft um 1,1 % abgesenkt, d.h. der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen wird gesenkt. Einzig Systemumstellungen führen dazu, dass optisch der Steuersatz in diesem Jahr gehalten wird. Die vollmundigen Versprechungen, die Kommunen besser zu stellen, sind also in ihr Gegenteil verkehrt worden. Nicht nur bei den Zuweisungen an die Gemeinden wurde den Kommunen genommen, zusätzlich sind den Kommunen weitere drastische Kürzungen, wie z.B. im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien zugemutet worden.

Grüne haben sich für stabile Finanzen der Kommunen stark gemacht:

### **1. Streckung der Kreditierung aus früheren Jahren**

Die Landtagsfraktion hat im Kommunalausschuss und im Haushaltsausschuss den einzigen Änderungsantrag zum GFG 2006 eingebracht. Wir haben eine Streckung der Rückzahlung von Kreditierungen aus früheren Steuerverbänden über zwei Jahre gefordert. Anders als im Gesetzentwurf vorgesehen, sollen nach unserem Antrag die Kommunen diese Kredite nicht in einer Rate (674.380 Euro) innerhalb des Steuerverbundes 2006 zurückzahlen, sondern in zwei Raten zu jeweils 337.190 Mio. EURO. **Durch diese Streckung der Rückzahlung wäre die drastische Absenkung um 8,8 % im Steuerverbund 2006 für die Kommunen relevant abgemildert worden.** Damit haben wir ein zentrales Anliegen der kommunalen Spitzenverbände aus der Anhörung des Landtags zum GFG aufgenommen. Diesem Antrag hat sich die SPD Fraktion angeschlossen, CDU/FDP haben ihn abgelehnt.

### **2. Beteiligung an den Steuermehreinnahmen für 2006**

Nachdem die Zahlen zur Steuerschätzung 2006 bekannt gegeben wurden, haben wir in der letzten Lesung gefordert, dass die Kommunen an den zu erwartenden Steuermehreinnahmen des Landes in Höhe des Verbundsatzes beteiligt werden.

Nach der Mai-Steuerschätzung ist für Nordrhein-Westfalen von Steuereinnahmen im Jahr 2006 von mindestens 300 Mio. Euro mehr auszugehen, wahrscheinlich sind sogar mehr als 500 Mio. Euro, als im Entwurf des Landeshaushaltes veranschlagt. Der Finanzminister selber spricht von einem Sicherheitskorridor und mindestens 300 Mio. Steuermehreinnahmen in NRW.

Die veränderte von der Landesregierung vorgenommene Veränderung der Berechnungsgrundlage für das GFG schließt die Kommunen von diesen Mehreinnahmen aus. Gegenüber der früheren Berechnungsgrundlage geht den schon nach dem ursprünglichen Haushaltsentwurf ein Betrag von fast 40 Mio. Euro verloren. Zusätzlich nun die Mindereinnahme wegen der Nichtbeteiligung an den höheren Steuereinnahmen: Selbst nach niedrig angesetzten Schätzungen des Finanzministers (300 Mio. Mehreinnahmen) macht dies bereits weitere 69 Mio. Euro aus. (siehe hierzu Entschließungsantrag Drucksache 14/1939)

### **Auch die zusätzlichen Kürzungen und Mehrbelastungen der Kommunen bleiben bestehen!**

Die Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Weiterbildung, bei den Schülerfahrtkosten und den Schulbüchern bis auf kleine Veränderungen gegenüber dem Entwurf beschlossen worden.

Die kleinen Korrekturen im Kinder- und Jugendbereich, die durch harsche Einschnitte in anderen Bereichen gegen finanziert werden, haben nichts daran geändert, dass erhebliche Mehrbelastungen auf die Kommunen zukommen. Letztlich bleiben die gesetzlichen Änderungen bestehen, die zu dauerhaften Belastungen für die Kommunen führen und ihnen Mittel für die Finanzierung der Kindergärten und Jugendeinrichtungen entziehen. Es bleiben u.a.

- der Wegfall des Elternbeitragssicherungsgesetzes (ab 2007: 84,5 Mio. EURO, in Jahr 2006 anteilig 42,75 Mio. Euro)
- die Kürzung bei den Landeszuschüssen zu den Sachmitteln nach dem GTK (72,1 Mio. Euro für freie Träger und die Kommunen, davon 24,8% kommunale Träger: 17,88 Mio Euro)
- Keine Erstattung der Eigenanteile für Schulbücher von SGB II-Beziehenden (ca. 5 Mio Euro)
- die Kürzungen im Weiterbildungsgesetz (ca. 10 Mio Euro)
- die Kürzung der Zuschüsse zu den Schülerfahrtkosten (dauerhaft 27 Mio. Euro, im Jahre 2007 sogar einmalig 49,4 Mio. Euro)

um nur einige größere Mehrbelastungen zu nennen.

## **Weiter düstere Aussichten für Kommunal финанzen - Schwarz-Gelb kürzt weiter!**

Ob der Verbundsatz 2007 stabil bleibt und die Kommunen dadurch wenigstens verspätet einen Anteil an den Steuermehreinnahmen erhalten, bleibt fraglich – die Landesregierung äußert sich trotz wiederholter Fragen nicht dazu! Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass die Landesregierung Pläne hat, die zu einer Verschlechterung der kommunalen Finanzlage führen. So soll z.B. der kommunale Anteil der Grunderwerbsteuer wegfallen, die Kommunen würden dann 145 Mio. Euro weniger einnehmen!

Wir werden weiter am Ball bleiben und Euch informieren!

Herzliche Grüße

***Horst Becker MdL***

Kommunalpolitischer Sprecher

Weitere Informationen und Rückfragen:

Maria Klein-Schmeink,

wissenschaftliche Mitarbeiterin Arbeit, Kommunales und Verwaltungsstrukturreform

Telefon: 0211-884 2591

[maria.klein-schmeink@landtag.nrw.de](mailto:maria.klein-schmeink@landtag.nrw.de)

Anlage: Entschließungsantrag DS 14/1939

17.05.2006

## Entschließungsantrag

der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006)**

Drucksachen 14/1000, 14/1500 und 14/1899

zur Beschlussempfehlung - Drucksache 14/1900 -

und

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

### **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006**

Drucksache 14/1102

zur Beschlussempfehlung - Drucksache 14/1902 -

### **Der Landtag stellt fest:**

A. Haushaltsentwurf der Landesregierung zukunftsfeindlich

#### **I. Geplante Neuverschuldung auf Rekordniveau**

Der Schuldenstand des Landes wird Ende 2006 mehr als 118 Milliarden Euro betragen. Die Landesregierung kann nach eigenem Bekunden in den nächsten vier Jahren keinen Haushalt mehr aufstellen, der nicht gegen das Gebot der Ausgewogenheit von Investitionen und Neuverschuldung verstößt. Die Investitionsquote sinkt seit Regierungsantritt von CDU und FDP immer tiefer. Die Haushaltsgesetze der Jahre 2005 bis 2010 werden verfassungswidrig sein. Im Jahr 2005 stieg die geplante Jahres-Nettoneuverschuldung durch eine zusätzliche Erhöhung von CDU und FDP von 2 Milliarden € auf den bisherigen Rekordbetrag von 7,4 Milliarden Euro.

Im Landtagswahlkampf und zu Beginn seiner Amtszeit hatte Ministerpräsident Rüttgers vollmundig die umfassende Haushaltssanierung angekündigt. Stattdessen präsentiert der Finanzminister gleich mit dem ersten schwarz-gelben Haushalt eine Rekordverschuldung. Strukturell übersteigt die Verschuldung des Haushaltsentwurfs 2006 schon bei der Einbringung die des rot-grünen Haushaltes 2005 trotz der Veränderungen des 2. Nachtrags. Allein Einmaleffekte wie die Mittelzuführung zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) in Höhe von

Datum des Originals: 17.05.2006/Ausgegeben: 17.05.2006

613, 6 Millionen Euro und zur Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (BVG) in Höhe von 330 Millionen, die einen Gesamtbetrag von 943, 6 Millionen Euro ausmachen, reduzieren die tatsächliche Nettoneuverschuldung des Rechenergebnisses auf etwa 5,7 Milliarden Euro für 2005. Rechnet man noch die zusätzliche Kreditierung der Kommunen von 170 Millionen € ab, liegt die tatsächliche Verschuldung bei 5,55 Milliarden €.

Im Jahre 2006 liegt die Netto-Neuverschuldung schon bei der Einbringung bei knapp 5,6 Milliarden Euro. Das Defizit liegt mit 2,29 Mrd. Euro über der Verfassungsgrenze. Der Haushalt ist damit - auch laut eigenem Bekunden der Regierung - offensichtlich verfassungswidrig. Rechnet man dann noch die Einnahmen aus der Kreditierung der Kommunen in Höhe von 670 Millionen € heraus, liegt die Verschuldung bei 6,25 Milliarden €.

Das pauschale Kürzen von Leistungen quer durch alle Haushaltstitel ist kein Weg aus der strukturellen Misere des Landeshaushalts. Die Politik muss wieder die Kraft haben, Prioritäten zu setzen. Bloß verbale Bekundungen reichen nicht. Die Kraft zu Prioritäten beweist sich in konkretem Handeln und ist haushaltspolitisch nachprüfbar. Es führt nur zu Vertrauensverlust, wenn öffentlich vom „Sparen für die Zukunft unserer Kinder“ gesprochen wird und tatsächlich der Schuldenberg des Landes auf Kosten der nachkommenden Generationen erhöht wird. Es führt zu weiterem Vertrauensverlust, wenn öffentlich von einem Jahr der Kinder und einer Priorität zugunsten von Kindern und Jugendlichen gesprochen wird und tatsächlich Mittel für Kindertagesstätten und den Jugendförderplan gekürzt werden.

## **II. Haushaltsberatungen - zwischen Verweigerung und Chaos**

Noch nie waren die Haushaltsberatungen so chaotisch wie in diesem Jahr. Die Regierungsfractionen haben in den Fachausschüssen keinerlei Anträge gestellt und sich auch ansonsten der fachlichen Debatte über den Regierungsentwurf nahezu enthalten. Erst zur zweiten Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses wurden die Änderungsanträge der Regierungsfractionen als Tischvorlage weniger als zwei Stunden vor der Sitzung vorgelegt.

Unter anderem soll durch Antrag von CDU und FDP das Gesetz zum Öffentlichen Personennahverkehr verändert werden. Erst auf Druck der GRÜNEN Fraktion wurde noch im Anschluss an die Beratung im Haushaltsausschuss der Ältestenrat einberufen, der dann eine Sondersitzung unmittelbar vor den Plenarberatung zur Folge hatte, in der die Kommunalen Spitzenverbände gehört werden konnten.

Die "Stunde des Parlamentes" - als eigentlichem Haushaltsgesetzgeber - sieht anders aus.

## **III. Versprochen - gebrochen**

1. Die Regierung tragenden Parteien haben verschiedene Wahlgeschenke versprochen: Etwa die Mittel für Kinder- und Jugendhilfe aufzustocken und sofort 4000 (CDU) oder gar 8000 (FDP) Lehrkräfte einzustellen. Auch sollten die Einstellungen von neuen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von 500 auf 1000 jährlich verdoppelt und die Mittel für die Weiterbildung erhöht werden. Am Tag der Regierungsübernahme wollten CDU und FDP das aus ihrer Sicht schädliche Wasserentnahmeentgelt abschaffen. Fakt ist: Nichts davon ist umgesetzt. Im Gegenteil: Es wird ungeniert gekürzt.

2. Besonders heftige Kürzungen sieht der Haushalt 2006 im Kinder- und Jugendbereich vor. Dort sollen 114 Millionen Euro bei den Kindertagesstätten und 21 Millionen Euro im Jugendfördergesetz eingespart werden. Letzteres ist besonders pikant, da insbesondere die CDU die damalige Volksinitiative zur Erhöhung der Mittel massiv und publikumswirksam unterstützt hatte. SPD und GRÜNE hatten daraufhin ein Jugendfördergesetz beschlossen, das die Wiederaufstockung der Mittel festgeschrieben hat. Nun bricht die Landesregierung ungerührt ihr Wahlversprechen.

Von einer Politik vor allem für Kinder und Familien - wie es die Landesregierung postuliert hatte - kann daher keine Rede sein. Kinder, Jugendliche und Familien sind vielmehr Hauptopfer der Kürzungen.

Gegen diese genannten Kürzungen sowie zusätzlich auch die Kürzungen bei der Gleichstellung von Frau und Mann wenden sich zwei Volksinitiativen, die in den vergangenen 3 Monaten fast eine halbe Million Unterschriften von nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern gesammelt haben. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen bringen damit ihren massenhaften Protest gegen eine Politik zum Ausdruck, die hehre Ansprüche formuliert, indem sie die Förderung von Kindern und Jugendlichen als einen der Hauptschwerpunkte der Politik der Landesregierung deklariert, in Wirklichkeit jedoch die Kinder- und Jugendförderung zum Schwerpunkt der Kürzungen von Landesmitteln macht.

Unzählige Stadt- und Gemeinderäte sowie Jugendhilfeausschüsse unterstützen und verstärken den Protest der Menschen im Lande, denn die Kürzungen treffen auch gerade die Kommunen besonders.

3. Auch bei den Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende nutzt die Landesregierung die Familien mit Kindern als Kürzungspotenzial. Es sollen künftig nur noch die "tatsächlichen" Schul- und Ausbildungstage berücksichtigt werden. Dies führt dazu, dass so attraktive Angebote wie das Schokoticket deutlich teurer werden. Besonders problematisch wirkt sich die Kürzung im ländlichen Raum aus, da hier die Erstattungsleistungen für die SchülerInnenbeförderung die Hauptfinanzquelle für den ÖPNV ist, so dass Linienstreichungen nahezu unausweichlich sind. Dies stellt einen erneuten Schlag gegen die Familien mit Kindern dar, die die Landesregierung fördern wollte und jetzt an jeder erdenklichen Stelle belastet.

4. In ihren Oppositionszeiten hat die CDU die aus ihrer Sicht zu geringe Finanzierung der Krankenhäuser in NRW regelmäßig thematisiert - unabhängig davon, wie viele Finanzmittel in den Haushaltsverfahren zusätzlich ausgewiesen wurden. Jetzt als Regierung kürzt die CDU diese Mittel so massiv, dass Krankenhäusern wegen fehlender Investitionsmittel die Insolvenz droht. Die CDU hat 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege versprochen. Mit der Kürzung der Zuschüsse für die Fachseminare verschlechtert die Landesregierung jedoch die Situation für die Ausbildungsstellen. Insbesondere die vielen kleinen Fachseminare stehen vor dem Aus. Ausbildungsplatzabbau statt -ausbau die Folge.

5. CDU und FDP wollten sich beim Subventionsabbau als große Sanierer erweisen. Der Gesamtbetrag der Steinkohlesubventionen sollte bis 2010 um 750 Mio. Euro reduziert werden. Inzwischen ist nicht mehr klar, ob und wie diese Summe erreicht werden kann, und das, obwohl der Weltmarktpreis für Steinkohle nicht mehr 40 Euro pro Tonne beträgt, wie noch in der Kohlevereinbarung angenommen, sondern in 2004 auf 55 und in 2005 auf 65 Euro pro Tonne gestiegen ist.

Bei einer Jahresförderung von jeweils 26 Mio. Tonnen Steinkohle in 2004 und 2005 beträgt der rechnerische Minderbedarf bei den Absatzbeihilfen in 2004 390 Mio. Euro und in 2005 sogar 650 Mio. Euro. Da NRW an den Kohlesubventionen mit einem Anteil von rd. 22 % beteiligt ist (78 % trägt der Bund) beträgt der NRW-Anteil an den möglichen Einsparungen für 2004 und 2005 rd. 220 Mio. Euro.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass wegen der intransparenten Praxis von Abschlägen für "Ballastkohle und minderwertige Kohle" nicht der volle Einspareffekt zu erzielen ist, ist völlig unverständlich, warum die neue Landesregierung keinerlei Anstrengung unternimmt, nicht wenigstens eine Teilreduzierung ihrer Kohlebelastung zu erzielen.

Aufgrund der explodierten Weltmarktpreise für Importsteinkohle, die dem RWE als Begründung für Preiserhöhungen beim Strom dienten, muss für den Haushalt 2006 ein Entlastungsvolumen von 226 Mio. Euro angenommen werden.

6. Selbst im angeblich von Kürzungen verschonten Bildungsbereich erinnern sich CDU und FDP nicht an frühere Versprechen. Keinen müden Euro machen die Regierungsfractionen im Beratungsverfahren für die Weiterbildung locker. Noch im April 2005 führte die CDU in einem Entschließungsantrag zum Haushalt großmundig aus: "Die Förderung und Stärkung der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung sowie der Familienbildung wird durch eine finanzielle Grundförderung des Landes auf dem Niveau des Jahres 2000 gesichert. Entgegen dieser - auch im Vorfeld der Landtagswahl immer wieder bekräftigen - Ankündigung sieht der schwarz-gelbe Haushaltsentwurf in der Weiterbildung eine drastische Kürzung von 20 Prozent vor. CDU und FDP haben sich damit vom bisherigen parlamentarischen Konsens im Weiterbildungsbereich verabschiedet. In einer sich stetig verändernden Welt und sich schnell wandelnden Anforderungen an Kompetenzen und Know-how ist die aktive Beförderung lebenslangen Lernens eine zentrale Aufgabe des Staates, der Nordrhein-Westfalen unter schwarz-gelber Regierung nicht mehr nachkommen will.

#### **IV. Rinder, Kohle und Flugzeuge statt Kinder**

1. Während sonst überall gekürzt wird, möchte die Landesregierung den Zuschuss an die Landwirtschaftskammer NRW um 17 Millionen Euro erhöhen. Damit erhielte die Selbstverwaltungseinrichtung der Bauern in Zukunft 98 Millionen Euro statt bisher 81 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt und wäre damit einer der größten Subventionsposten nach den Steinkohlebeihilfen. Ein vorliegendes Gutachten belegt die Ineffizienz der Kammer und fordert Restrukturierungsmaßnahmen in erheblichem Umfang ein. Statt den Druck auf die Selbstverwaltungsautonomie der Landwirtschaftsfunktionäre aufrecht zu erhalten und sie so zur Reform der Landwirtschaftskammer zu zwingen, pumpt die Landesregierung zusätzliche Millionen in ein marodes System des bäuerlichen Zunftsozialismus. Das ist eine Politik nach dem Motto „Rinder statt Kinder“.

2. Mehr als 226 Millionen € an direkten Steinkohlesubventionen werden von der RAG trotz entsprechender Ansprüche nicht eingefordert. Da wundert es nicht sehr, dass im Haushaltskontrollausschuss die Parteispenden der RAG an CDU, SPD und FDP als völlig normale Vorgänge bezeichnet werden.

3. Insgesamt sind elf Millionen Euro im Haushalt von Umweltminister Uhlenberg für die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Münster vorgesehen. Verwendet werden dazu die Mittel für Ausgleichsmaßnahmen. Haushaltsmittel, die für den Naturschutz vorgesehen sind, werden für den Flughafenausbau zweckentfremdet. Zusätzlich werden die Mittel für den Naturschutz um über 60 Prozent gekürzt. Ferner werden in die ohnehin aufgeblähte Flughafeninfrastruktur mehr als 8 Millionen € an Ausbausubventionen gesteckt.

#### **V. Wiedereinführung der Reiterstaffeln: Geldverschwendung ohne Sicherheitsgewinn**

Die Wiedereinführung der Reiterstaffeln ist eine Fehlentscheidung der Landesregierung. Sie stellt keinen Zugewinn an Innerer Sicherheit dar und ist unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen. Schon 1995 wurde durch das Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum nachgewiesen, dass Reiterstaffeln unter polizeilichen Aspekten nur eine geringe Effizienz aufweisen. Durch die Wiederaufstellung von 2 Reiterstaffeln mit je 20 Pferden werden insgesamt 50 Polizeibeamtinnen und –beamten rekrutiert. Dies hat zur Folge, dass die Beamtinnen und Beamten aus dem regulären Dienst zum Beispiel in der Kriminalitätsbekämpfung, im Wach- und Ermittlungsdienst abgezogen werden. Dem geringen polizeilichen Nutzen steht ein unverhältnismäßig hoher Kostenaufwand für die Einführung und Aufrechterhaltung der Reiterstaffeln gegenüber:

Die einmaligen Bereitstellungskosten belaufen sich auf insgesamt 1 235 129 Euro. Zusätzlich muss der Steuerzahler durch die Wiedereinführung der Reiterstaffel für die laufende Unterhaltung rund 2,1 Mio. Euro jährlich aufbringen.

## **VI. Zerschlagung des VerbraucherInnenschutzes statt mündiger VerbraucherInnen**

Die Finanz- und Informationspolitik der Landesregierung schützt die Agrarwirtschaft, nicht aber die Verbraucherinnen und Verbraucher. Erst werden diese mit Ekelfleisch und Pestizidgemüse getäuscht und erfahren vom zuständigen Minister keine Namen von Händlern oder Produkten. Nun werden sie von CDU und FDP auch noch zur Kasse gebeten, indem sie für die unabhängigen Beratungen der Verbraucherzentrale NRW mehr Geld hinblättern sollen. Denn das Land will den Verbraucherzentralen Mittel kürzen und bringt sie somit in existenzielle Schwierigkeiten, da sie bereits jetzt am Rande ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten arbeiten. Die Schließung von Standorten und somit die Zerschlagung der Beratungsstruktur ist somit unausweichlich.

## **VII. Kohle statt Bildung - Kohle für Bildung**

Im Hochschulbereich setzt die Landesregierung ihre Politik der sozialen Auslese fort. Nicht nur, dass Studierende aus sozial benachteiligten Familien zukünftig durch Studiengebühren vom Studium abgeschreckt werde. Nun sollen auch die Landesmittel der Studentenwerke um mehr als 25 % gekürzt werden. Das trifft ebenfalls besonders die einkommensschwachen Studierenden, die auf Leistungen der Studentenwerke bei Wohnen, Essen, Kinderbetreuung usw. angewiesen sind.

## **B. Zukunftsinvestitionen solide und sozial gerecht gestalten**

Nicht das Wünschenswerte, sondern das aktuell Machbare muss bei einer soliden Haushaltspolitik im Vordergrund stehen.

Da die jetzigen Regierungsfractionen sich in ihrer noch nicht lange zurückliegenden Oppositionszeit unverblümt an die Spitze jeder Gegendemonstration gestellt hatten - sehen sie sich heute zu recht von allen Seiten mit dem Vorwurf des Wahlbetrugs "versprochen - gebrochen" konfrontiert.

Die Zerschlagung der sozialen Infrastruktur und das Kürzen auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ist jedoch keine solide und nachhaltige Politik und muss verhindert werden. Gleichzeitig müssen Neuansätze für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Umweltpolitik geliefert werden.

### **1. Die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien wirklich in den Mittelpunkt der Landespolitik stellen**

Die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen eine möglichst gute Bildung mit auf den Lebensweg zu geben. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, denn ihr Anteil an der Bevölkerung wird weiterhin steigen.

Doch Bildung ist weit mehr als Schulbildung, Bildung beginnt vom Tag der Geburt an im Elternhaus und setzt sich dann im Kindergarten fort. Sie findet in Schulen, Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen statt und selbstverständlich auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.

In allen Bildungsbereichen mit Ausnahme der Schulen nehmen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Haushalt 2006 erhebliche Kürzungen vor: 114,4 Millionen Euro bei den Kindergärten (156,7 Millionen in 2007), 21 Millionen Euro im Jugendförderungsgesetz, 25 Millionen bei der Familienhilfe mit ihren für die Eltern, Kinder und Jugendlichen unverzichtbaren Beratungseinrichtungen und Bildungsstätten. Hinzu kommen weitere Kürzungen im Bereich des Schuletats bei der Weiterbildung sowie im Bereich des Generationenministeriums bei der politischen Bildung, der Eine - Welt - Politik politischen Bildung und der Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (RAA).

Um die Glaubwürdigkeit von Politik zu retten, damit Kommunen nicht noch mehr durch die Politik der Landesregierung belastet werden, damit Politikerinnen und Politiker wirklich tun, was sie sagen, vor allem aber damit die Einrichtungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen endlich wieder in Ruhe und finanziell hinreichend ausgestattet ihrer Arbeit nachgehen können, werden die im Haushaltsstrukturgesetz 2006 vorgesehenen Änderungen des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder, des Jugendfördergesetzes zu Lasten von Kindern, Jugendlichen und Familien abgelehnt. Die Etatansätze für die Familienbildung, die Familienweiterbildung und die Familienberatung müssen auf unverändertem Niveau weitergeführt werden. Sie sind sowohl eine tatsächliche Unterstützung für Familien wie auch ein unverzichtbarer Bestandteil der ab 2007 kommenden Kinder- und Familienzentren und dürfen daher nicht jetzt in ihrem Bestand gefährdet werden.

## **2. Prävention statt hoher Folgekosten**

Schon kleine Beträge können wichtige präventive Infrastrukturen erhalten. Die bewährten Strukturen für Frauen sowie Frauenhäuser müssen daher in vollem Umfang erhalten und die Ansätze mit einem Betrag von etwa 4,5 Millionen Euro auf den bisherigen Ansatz angehoben werden. Auch im Bereich der Arbeit der AIDS-Prävention reichen 308.000 Euro aus, um die dringend erforderlichen Strukturen aufrecht zu erhalten. In der Drogen- und Suchthilfe müssen die Kürzungen von über 3,2 Mio. Euro zurückgenommen werden. Die erfolgreiche niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsarbeit muss ohne Kürzung weitergeführt werden. Gerade vor dem Hintergrund der immer komplexer werdenden Marktstrukturen und Handelsbeziehungen in einer globalisierten Welt brauchen wir im Verbraucherschutz verlässliche und bezahlbare Beratungsstrukturen. Die Kürzungen bei den Verbraucherzentralen in NRW müssen zur Vermeidung von Stellenkürzungen und zur Aufrechterhaltung der unabhängigen Leistungen für den Verbraucherschutz in NRW zurückgenommen werden.

## **3. Mehr Innovation für Arbeitsplätze und ökologische Erneuerung**

Mit einem 25 Millionen Euro umfassenden Investitionsprogramm für die heimische Wirtschaft müssen deutliche Impulse gegeben werden. In vielen Unternehmen gibt es große Potenziale für Maßnahmen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung. Durch die steigenden weltweiten Energiekosten wird dies zunehmend zu einem Standort- und Kostenfaktor für die Wirtschaft. Außerdem bedarf es ergänzend zum CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes insbesondere für den veralteten Gebäudebestand in NRW eines Modernisierungsschubes. Die Reduzierung der Energiekosten hat auch einen sozialpolitischen Aspekt, da sie neben der Umwelt den MieterInnen unmittelbar zugute kommen. Ferner müssen die Ausgaben für den Straßenerhalt verdoppelt werden, um die immense Liste an Straßenunterhaltungsmaßnahmen endlich abbauen zu können. Die nötige Deckung kann aus dem Bereich des Straßenneubaus erfolgen.

## **4. Ernst machen mit dem Subventionsabbau**

Durch einen deutlichen Abbau überflüssiger Subventionen werden Spielräume für eine zukunftsfähige Politik geschaffen. 226 Millionen Euro von den Steinkohlesubventionen müssen zurück an das Land fließen, da der Weltmarktpreis deutlich gestiegen ist. Ferner soll die Landwirtschaftskammer reformiert werden. Hier sind Einsparungen in Höhe von mindestens 20 Millionen Euro zu erwarten. Völlig überflüssige Investitionen in die schon jetzt überdimensionierte Luftverkehrslandschaft in Höhe von etwa 8,7 Millionen Euro müssen sofort zurückgefahren werden. Gleichzeitig muss die Freistellung der Braunkohle beim Wasserentnahmentgelt fallen.

### **5. Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements**

Umweltinitiativen, Aidshilfe, „Frauen helfen Frauen“, Biologische Stationen, kirchliche Eine-Welt-Gruppen und viele andere – leisten mit minimaler staatlicher Unterstützung Großartiges. Hier setzen sich in Nordrhein-Westfalen Menschen für ihre Mitmenschen ein. Obwohl der Ministerpräsident in Sonntagsreden das Hohelied auf das bürgerschaftliche Engagement singt, will das Kabinett in vielen Bereichen das Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements zerstören.

Auch kritische Initiativen wie der Flüchtlingsrat NRW leisten für die Betroffenen wichtige politische Lobbyarbeit und bilden ein existenziell wichtiges Netzwerk von Ehrenamtlichen. Diese Strukturen dürfen nicht zerschlagen werden. Eine politische Auslese wird zudem entschieden abgelehnt. Zahlreiche Agenda-21-Projekte vor Ort werden durch den Einsatz geringer Beträge erhalten. Um die Zerschlagung dieser wichtigen Netze zu verhindern, müssen die Kürzungen zurückgenommen werden

Sylvia Löhrmann  
Johannes Rimmel  
Rüdiger Sagel  
Andrea Asch  
Horst Becker  
Sigrid Beer  
Monika Düker  
Oliver Keymis  
Reiner Priggen  
Dr. Ruth Seidl  
Barbara Steffens  
Dr. Michael Vesper